

VWL III: MODUL AKTUELLE UND INTERNAT. FRAGEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK



Foto: Der Spiegel

Teil 1: Grundlagen der Wirtschaftspolitik I

Ziele:

2

Die Studierenden...

- ...unterschieden positive und normative Ökonomik (Aufgaben der Wirtschaftspolitik);
- ...kennen potenzielle Ziele der WiPol;
- ...verstehen das Konzept des Pareto Optimums;
- ...kennen die Akteure der WiPol;
- ...verstehen das Assignment-Problem;
- ...können Ziel und Wirkungsbeziehungen von wirtschaftspolitischen Instrumenten bestimmen

Definition Wirtschaftspolitik

3

Was ist **Wirtschaftspolitik**?

beide Wirkungsrichtungen

- politische Entscheidungen mit wirtschaftlichen Konsequenzen
(Bsp. Gründung der EU)
- ökonomische Entscheidungen mit politischen Auswirkungen
(Bsp. Lobbyismus aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen)

Quelle: Donges / Freytag (2009), S. 1ff.

Prof. Dr. Halver Wirtschaftspolitik (VWL III)

Grundfragen der Wirtschaftspolitik

4

(1) Was tut der Staat als Träger von Wirtschaftspolitik?

- Wie ist die aktuelle wirtschaftliche Lage?
- Welche Entwicklungen zeichnen sich ab?

(2) Welche Ziele verfolgt staatliche Wirtschaftspolitik?

- Welche Motive liegen dem wirtschaftspolitischen Handeln zugrunde?
- Welche Vorstellungen existieren über die erwünschte Lage?

(3) Welche Mittel/Instrumente setzt der Staat zur Zielerreichung ein?

- Welche Auswirkungen haben die geplanten Maßnahmen bzw. welches Ergebnis tritt ein, wenn nichts geschieht?
- Wann sind welche Mittel in welchem Umfang anzuwenden (Timing, Dosierung)?

Quelle: Koch / Czogalla / Ehret (2008), S. 8.

Prof. Dr. Halver Wirtschaftspolitik (VWL III)

Aufgaben der Wirtschaftspolitik

5

Positive Ökonomik

- empirische Analyse und die Erklärung dessen, was ist und was sein wird
- im Mittelpunkt steht die Analyse der Ist-Situation (Lageanalyse)
- Lageanalyse besteht aus:
 - a) Diagnose (Beschreibung des Ist-Zustandes und seiner Erklärung durch Theoriebildung)
 - b) Prognose (Vorhersage der künftigen Entwicklung)
 - c) Entscheidung über Handlungsbedarf

Status-quo Prognosen:

Wie entwickelt sich die wirtschaftliche Lage, wenn keine wirtschaftspolitischen Instrumente eingesetzt werden?

Wirkungsprognosen:

Wie wirken wirtschaftspolitische Instrumente?

Vergleich der Jahresprojektion mit dem Ist-Zustand
(Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2012)

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland	Jahresprojektion 2011	Tatsächliche Entwicklung 2011
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben		
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)		
BIP (preisbereinigt)	2,3	3,0
Erwerbstätige (im Inland)	0,8	1,3
BIP je Erwerbstätigen	1,5	1,6
BIP je Erwerbstätigenstunde	0,9	1,2
nachrichtlich:		
Erwerbslosenquote in % (ESVG-Konzept) ²	6,0	5,7
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²	7,0	7,1
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)		
Konsumausgaben		
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	3,4	3,7
Staat	1,9	2,7
Bruttoanlageinvestitionen	4,4	7,9
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. EURO)	-3,7	-8,3
Inlandsnachfrage	3,3	4,1
Außenbeitrag (Mrd. EURO)	129,0	133,5
Außenbeitrag (in % des BIP)	5,0	5,2
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	3,3	3,8
Verwendung des BIP preisbereinigt (real)		
Konsumausgaben		
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	1,6	1,5
Staat	1,0	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	4,3	6,5
Ausrüstungen	8,0	8,3
Bauten	1,7	5,4
Sonstige Anlagen	4,8	4,8
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³	0,0	-0,1
Inlandsnachfrage	2,0	2,2
Exporte	6,5	8,2
Importe	6,4	7,2
Außenbeitrag (Impuls) ³	0,4	0,8
Bruttoinlandsprodukt (real)	2,3	3,0
Preisentwicklung (2005 = 100)		
Konsumausgaben der privaten Haushalte ⁴	1,7	2,1
Inlandsnachfrage	1,3	1,8
Bruttoinlandsprodukt ⁵	1,0	0,8
Verteilung des Bruttonationaleinkommens (BNE) (Inländerkonzept)		
Arbeitnehmerentgelte	3,1	4,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,7	1,5
Volkseinkommen	3,6	3,5
Bruttonationaleinkommen	3,3	3,5
nachrichtlich (Inländerkonzept):		
Arbeitnehmer	0,8	1,3
Bruttolöhne und -gehälter	2,9	4,8
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,1	3,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	3,4	3,3
Sparquote in % ⁶	11,3	10,9

Aufgaben der Wirtschaftspolitik

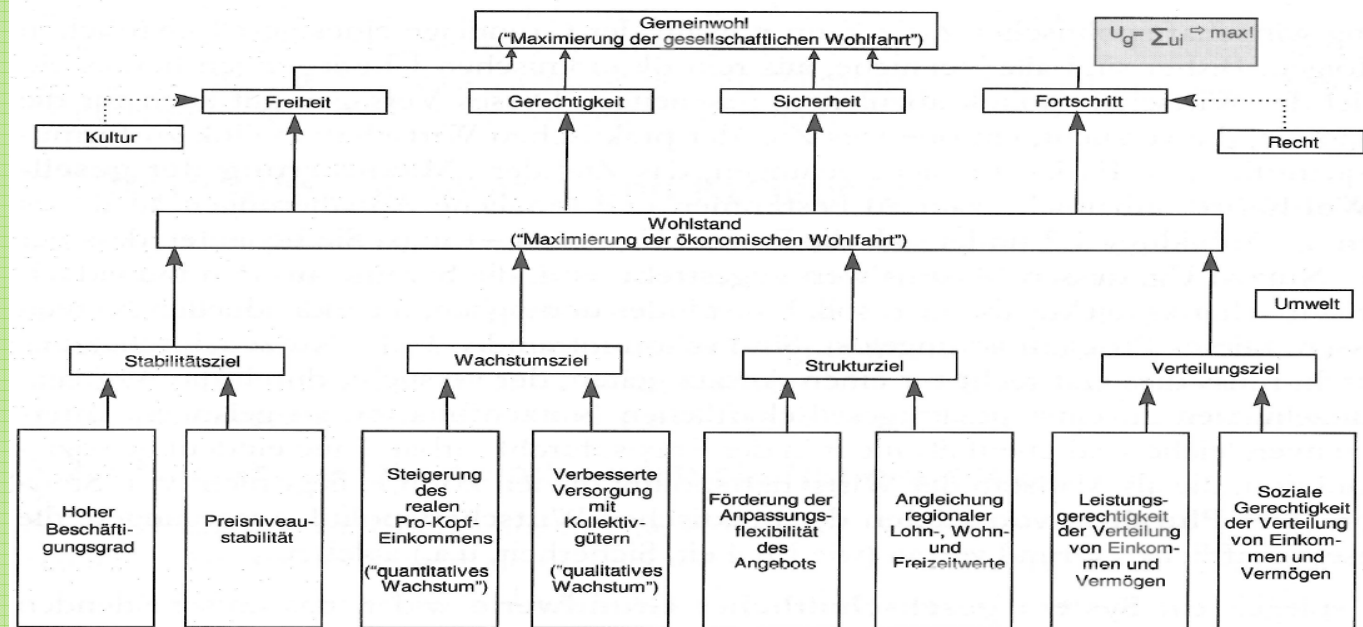
Normative Ökonomik

Sobald wertende Überlegungen eine Rolle spielen, sind die Grenzen der positiven Ökonomik erreicht.

Der Schwerpunkt der Untersuchungen verlagert sich von der Beschreibung und Erklärung der Ist-Situation auf die Ziele der Wirtschaftspolitik.

Die normative Ökonomik beschäftigt sich mit dem, was sein soll.

Gesellschaftliche Grundwerte und wirtschaftspolitische Ziele



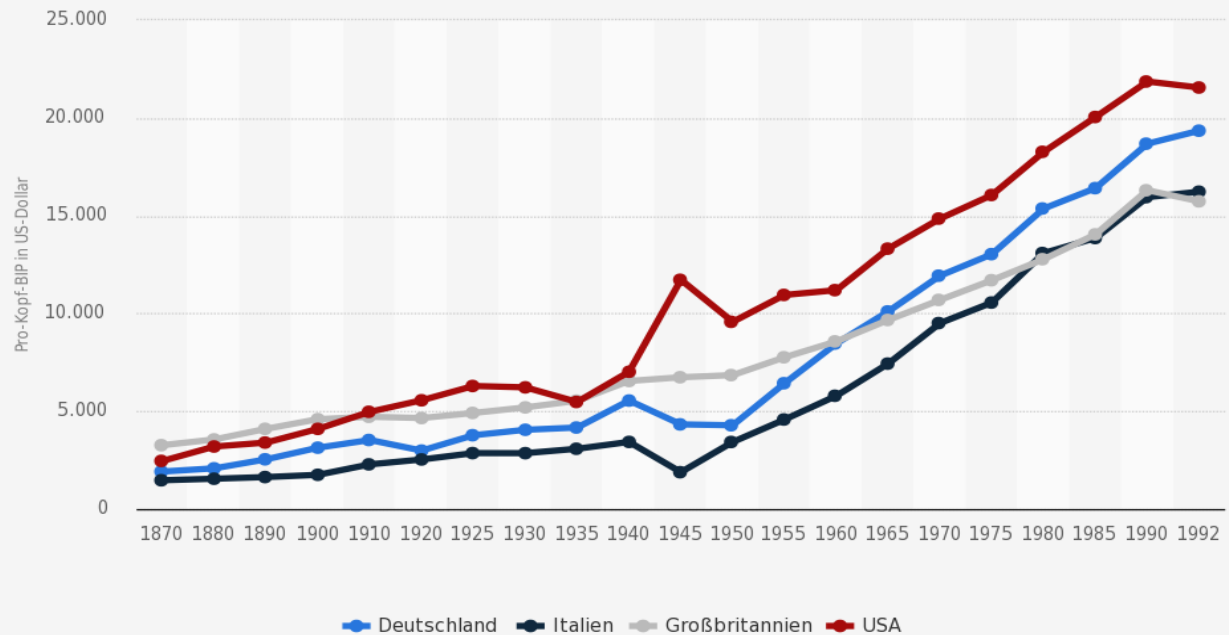
Quelle: Koch / Czogalla / Ehret (2008), S. 18.

Zielsetzung der Wirtschaftspolitik

8

Oberstes wirtschaftliches Ziel:
Wohlstandssteigerung gemessen an der Entwicklung des BIP pro Kopf – **langfristige Betrachtung**

Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland, Italien, Großbritannien und den USA in den Jahren 1870 bis 1992 (in US-Dollar*)

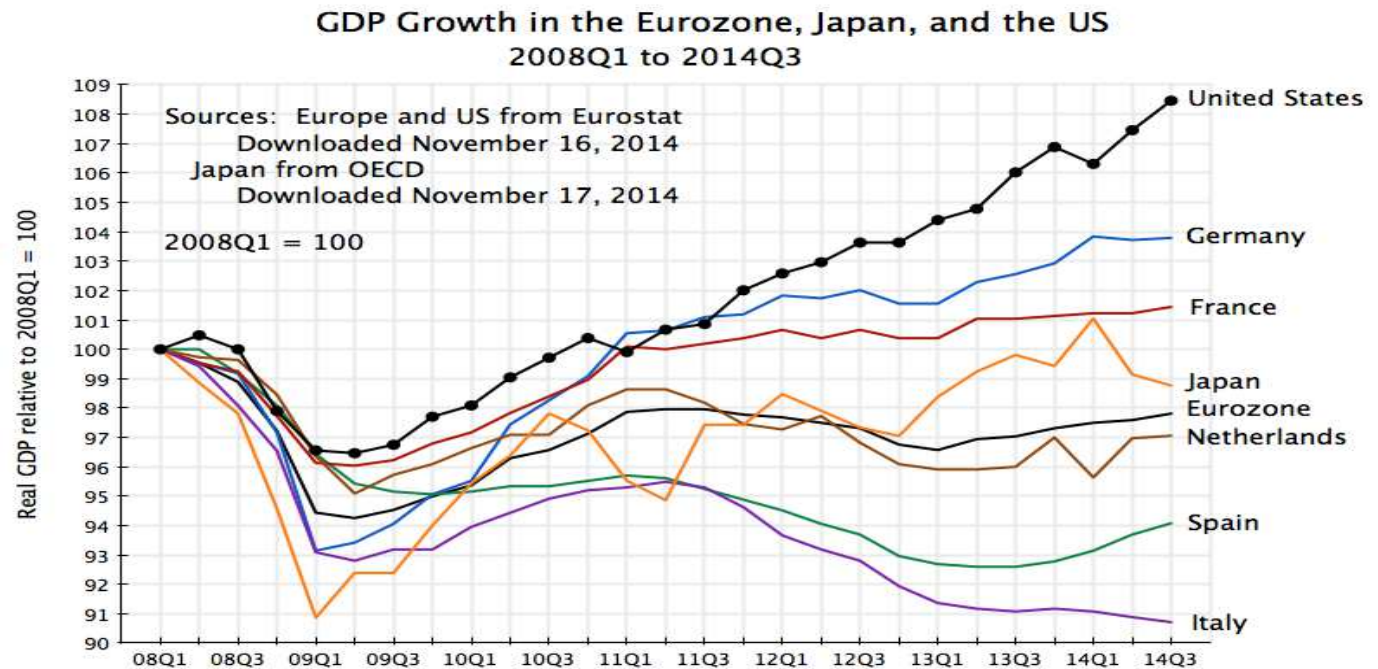


Quelle:
Uni Münster
© Statista 2016

Weitere Informationen:
Deutschland; USA; Europa; Experte(n)

Zielsetzung der Wirtschaftspolitik

Oberstes wirtschaftliches Ziel: Wohlstandssteigerung gemessen an der Entwicklung des BIP pro Kopf - kurzfristige Betrachtung

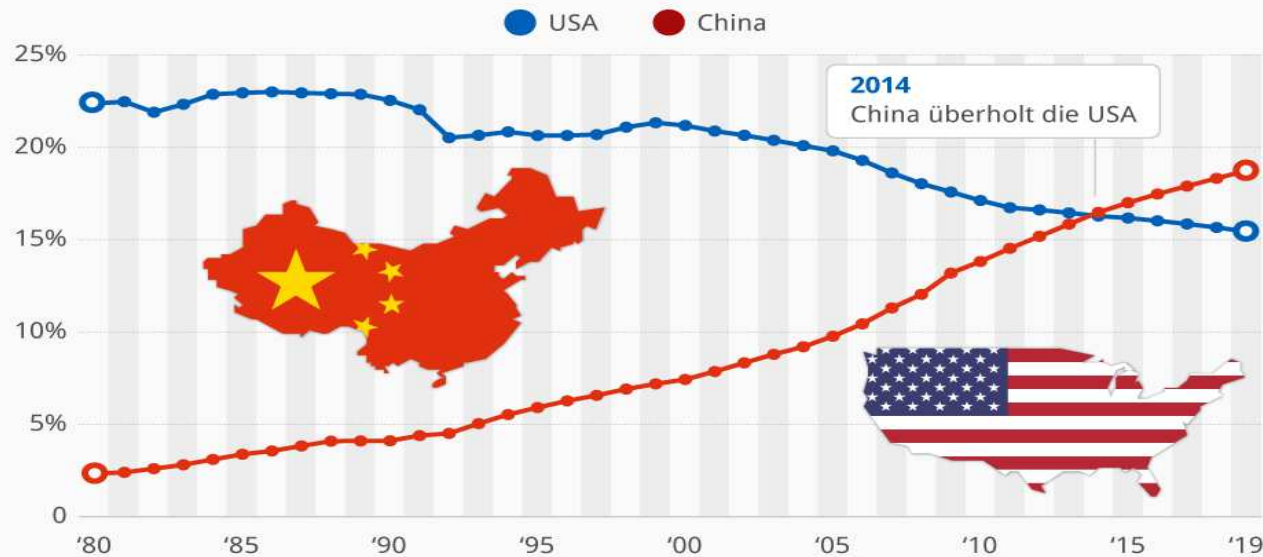


Zielsetzung der Wirtschaftspolitik

10

China löst USA als weltgrößte Volkswirtschaft ab

Anteil am weltweiten kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt*



* ab 2012 geschätzt
Quelle: IWF

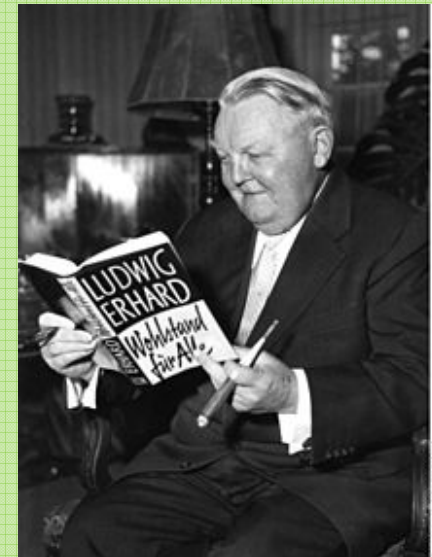
manager magazin online statista

Oberstes wirtschaftliches Ziel:
Wohlstandsergung gemessen an der Entwicklung des BIP pro Kopf - **relative Betrachtung**

Einzelziele im Rahmen der Wohlstandssteigerung

11

- Erhöhung der materiellen Freiheiten
- Soziale Sicherheit
- Erhöhung des sozialen Status
- Soziale Gerechtigkeit
- Nachhaltigkeit



Das Problem: Es können Zielkonflikte bestehen!

Quelle: Donges / Freytag (2009), S. 4ff.

Das Assignment-Problem oder Wer ist für was zuständig?

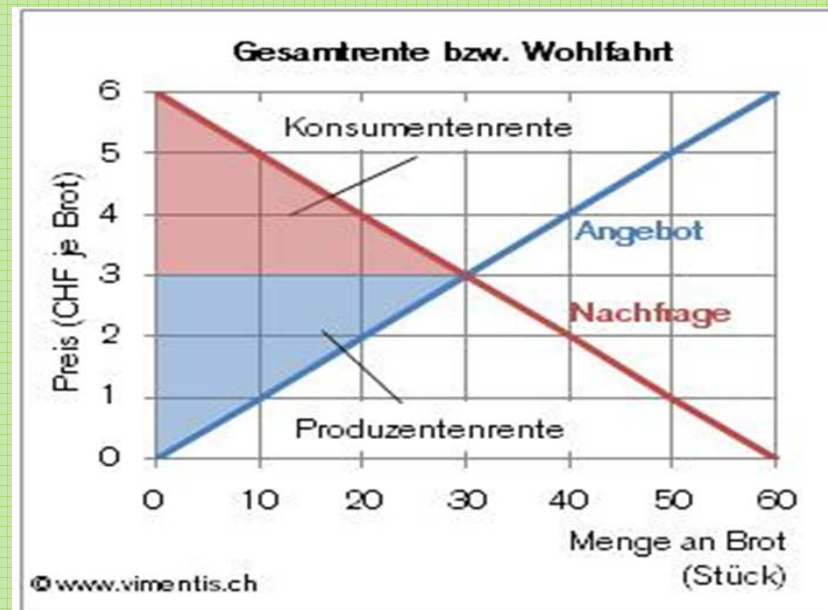
12

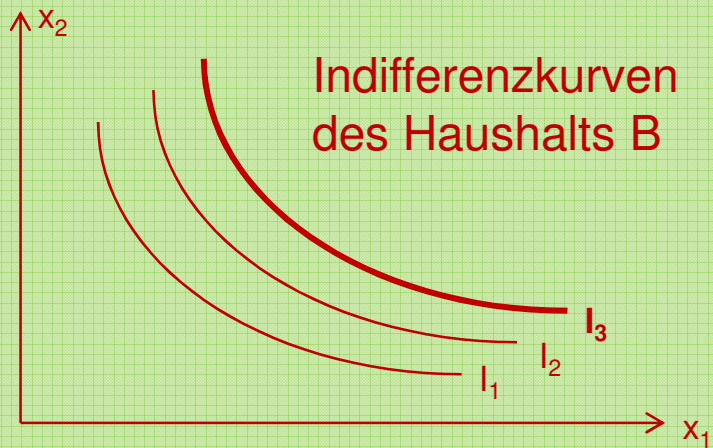
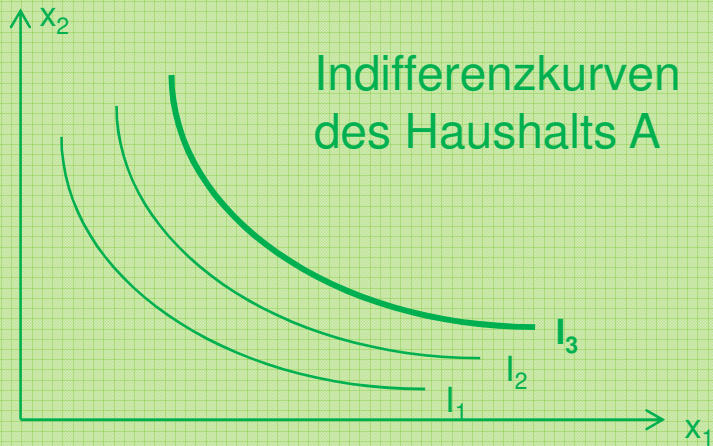
Ziel	Hauptverantwortung	Mitverantwortung
Geldwertstabilität	Geldpolitik (Zentralbank)	Staat: Indirekte Steuern Administrative Preisanhebung Tarifvertragsparteien: Tariflohnsteigerungen (Lohnstückkosten)
Beschäftigungsgrad	Lohnpolitik (Tarifvertragsparteien) bei Tarifautonomie	Notenbank: Inflation (Reallohn) Staat: Beiträge zur Sozialversicherung und sonstige gesetzliche Lohnnebenkosten (Produzentenlohn) Institutionelle Regelungen am Arbeitsmarkt Steuern auf Investitionen in Sach- und Humankapital
Wirtschaftswachstum	Finanzpolitik (Staat) Allgemeine Rahmenbedingungen bezüglich Steuern und Abgaben, Kreditfinanzierung und Staatsausgabenquote	Notenbank: Geldmengenentwicklung/Zinsen Inflation Tarifvertragsparteien: Lohnstückkosten Regulierungen

Wohlfahrtsoptimierung als Oberziel der Wirtschaftspolitik

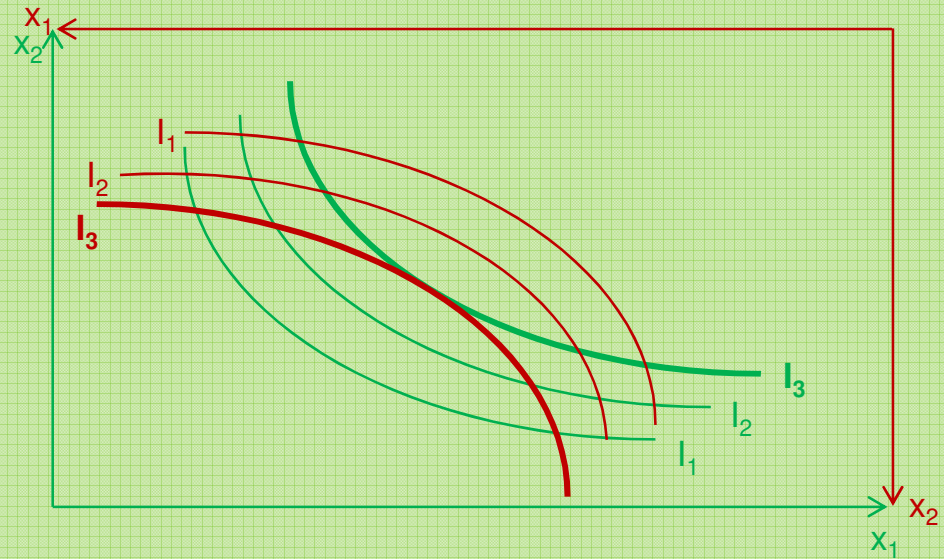
13

Unter Wohlfahrt (=Gemeinwohl) versteht man das Maß, mit dem die Bedürfnisse oder Grundbedürfnisse des einzelnen Menschen und damit auch das Erreichen eines gewissen Lebensstandards erreicht wird.



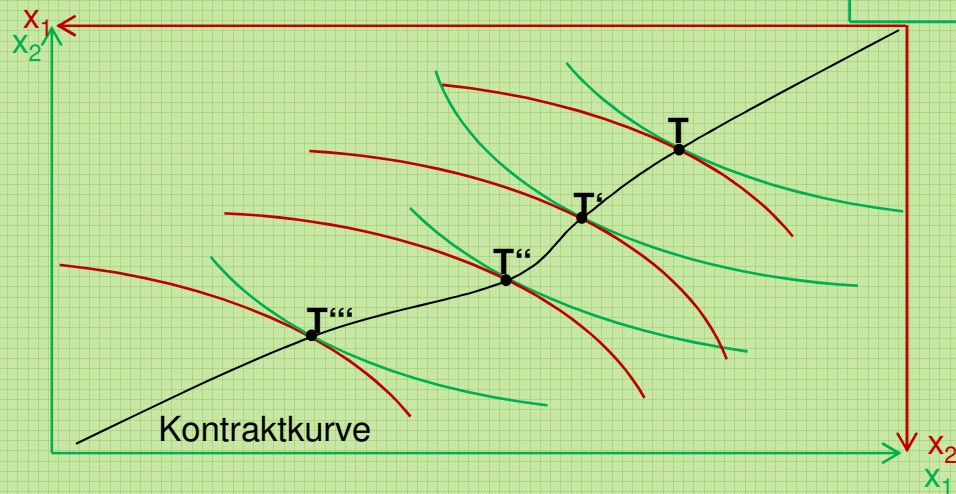
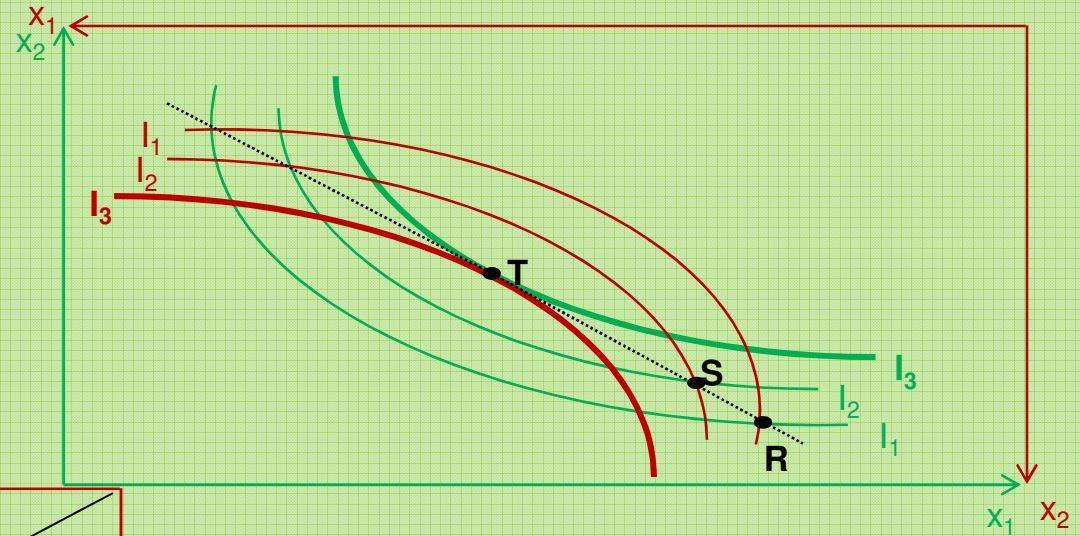


Das Pareto-Optimum



Pareto-optimale Punkte entstehen dort, wo sich zwei Indifferenzkurven tangieren (Punkt T).

Die Kontraktkurve verbindet alle pareto-optimalen Punkte miteinander.



Wann funktioniert der Marktmechanismus nicht? Wenn Marktversagen und wenn Staatsversagen vorliegt!

16

Marktversagen

- Marktmacht
- Zunehmende Skalenerträge
- Externe Effekte
- Öffentliche Güter
- Asymmetrische Informationen

Staatsversagen

Probleme bei staatlichen Eingriffen in den Marktprozess:

- hohe Kosten für Informationsbeschaffung
- begrenztes Wissen über Wirkungszusammenhänge
- Analyse des Marktversagens und der Mitteleinsatz sind geprägt von Eigeninteressen der Politiker und der Administration

Die Rolle des Staates



17

Optionen:

- aktive Rolle (permanente Marktinterventionen)
- passive Rolle („Nachwächterstaat“)
- aktiv regulierend im Allgemeinen (regelgebundenes Verhalten des Staates)
- Definition von wirtschaftspolitischen Situationen, bei denen ein vorübergehender Interventionsbedarf besteht (regelgebundene Marktinterventionen)

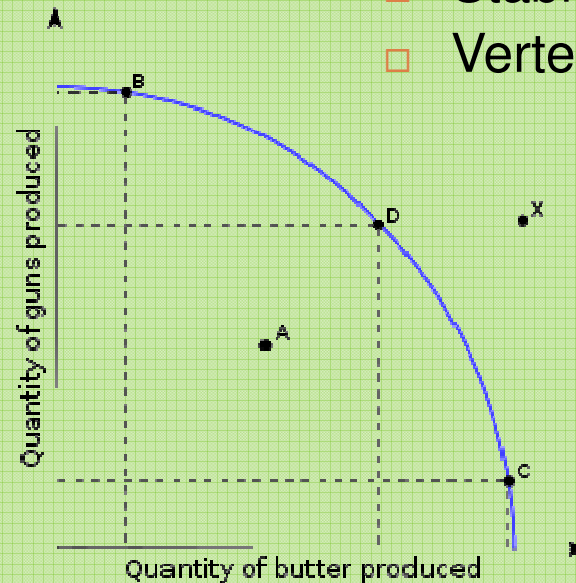
Grundlegende Ansätze der Wirtschaftspolitik

18

- Ordnungspolitik
- Prozess-/Ablaufpolitik

- Allokationspolitik
- Stabilisierungspolitik
- Verteilungspolitik

- Wachstumspolitik
- Konjunkturpolitik



Ordnungspolitik I

19

im Rahmen der Ordnungspolitik greifen die Träger der Wirtschaftspolitik nicht unmittelbar in die Wirtschaftsabläufe ein. Vielmehr setzen sie Rahmenregeln (Wirtschaftsverfassung) für das Funktionieren der Wirtschaft.

Innerhalb des Rahmens können die Träger der WiPol prozesspolitisch regulieren, bzw. Abläufe steuern.

18

Ordnungspolitik II

20

- Beispiele für wichtige ordnungspolitische Maßnahmen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sind
- die Verabschiedung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) im Jahre 1957;
 - die Errichtung einer unabhängigen Notenbank mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank von 1957;
 - die Einführung der Mitbestimmung für Arbeitnehmer;
 - der Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahre 1957;
 - Die Deregulierung des Post- und Telekommunikationsbereichs (1988)
 - Die Einführung der vier Freiheiten im europäischen Binnenmarkt (1998)
 - Die Verabschiedung der Arbeitsmarktderegulierung (Hartz-Gesetze) (2002)
 - Die Gründung des ESM (Europäischer Stabilisierungsmechanismus für die Finanzmärkte) (2011)

Prozesspolitik

21

Prozesspolitik beinhaltet die meist kurzfristig, korrigierenden Ansätze der WiPol im Rahmen der Ordnungspolitik

Formen:

- einzelwirtschaftliche Prozesspolitik (z. B. Preiskontrollen, Subventionen) und
- gesamtwirtschaftliche Prozesspolitik (z. B. Geldpolitik, Fiskalpolitik).

Wirtschaftspolitische Strategien im Rahmen von Ordnungs- und Prozesspolitik

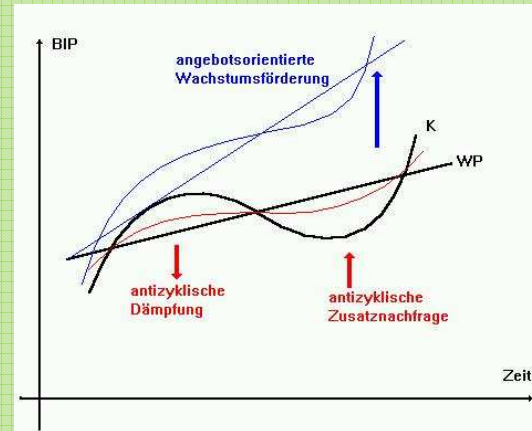
- **Allokationspolitik:**
WiPol die einen effizienten Einsatz der Produktionsfaktoren zum Ziel hat.
- **Stabilisierungspolitik:**
WiPol zur Beeinflussung des Konjunkturverlaufs aufgrund der Zielvorgabe durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes („Magisches Vieleck“=). Die Stabilisierungspolitik kann dabei sowohl nachfrageorientiert (Keynesianismus) als auch angebotsorientiert (Angebotspolitik) eingesetzt werden.
- **Verteilungspolitik:**
WiPol-Maßnahmen des Staates, die darauf gerichtet sind, die Verteilung von Einkommen und Vermögen im Sinn bestimmter Verteilungsprinzipien systematisch zu korrigieren.



Wachstums- und Konjunkturpolitik

23

□ Wachstumspolitik:
Die Produktionsfaktoren für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum verbessern



□ Konjunkturpolitik:
Beeinflussung der Marktausschläge



Träger der Wirtschaftspolitik

Politische Institutionen

Regierung / Parlament
Europäische Zentralbank
EU-Ministerrat
Europäische Kommission
G-7/G-8 (Weltwirtschaftsgipfel)

Private Institutionen

Gewerkschaften
Wirtschaftsverbände
Sonstige organisierte Interessengruppen
Kirchen
Nichtregierungsorganisationen

Wirtschaftswissenschaftliche Beratung der Politik

Sachverständigenrat (Gesetz)
Monopolkommission (Gesetz)
Sozialbeirat (Gesetz)
Rat für Umweltfragen (ministerieller Erlass)
Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (Gesetz)
Wissenschaftliche Beiräte (Ministerien)
Wirtschaftsforschungsinstitute
Einzelexperten, ad-hoc Kommissionen
Internationale Gremien

Instrumente der Wirtschaftspolitik (Beispiele)

25

- **Einzelinstrumente des Staates:**
 - Steuern/Abgaben (Aufgabendefinition des Staates)
 - Spezielle Gesetze (z.B.- Umwelt- und Energiepolitik)
 - Sektorale Eingriffe zur Förderung best. Wirtschaftsbereiche
 - Maßnahmen zur Sozialen Sicherheit
 - Marktinterventionen i.e.S. (z.B. Agrarpolitik)

- **Aktivierung von externen Akteuren:**
 - Informationspolitik
 - Verbändebeteiligung
 - Europäische Fiskalunion
 - Geldpolitik



Übung:

□ Benennen Sie potentielle Instrumente der Wirtschaftspolitik!

26

□ Bestimmen Sie dabei die möglichen Ziele und die Wirkungen

Ziele	Instrumente	Wirkungen
Produktivität erhöhen	verbessern durch bessere Lehrerausbildung	Langfristig, Verbesserung der Qualifikation der Schüler
Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen erhöhen	Duale Berufsausbildung verbessern und/oder Anstieg der Sozialversicherungsabgaben bremsen	Lohnstückkosten senken